



Erläuterungen zum Haushaltsantrag der CDU-Landtagsfraktion

1. Um die Chancen des Umbaus der Energieversorgung unseres Landes für Niedersachsen zu nutzen, beantragen wir ein umfassendes Hafen-Investitionsprogramm, mit dem unsere Häfen zur Energiedrehscheibe Deutschlands entwickelt werden.
 - a. 333,3 Mio. Euro für den Hafenpakt Niedersachsen, verteilt auf die Jahre 2024-2026 und kofinanziert durch den Bund und die Privatwirtschaft, 111,1 Mrd. Euro Landesmittel in 2024
 - b. 6,62 Mio. Euro zusätzlich für den landesseitigen Ausbau der Hafenhinterland-Anbindungen
 - c. 10 Mio. Euro zusätzlich für NPorts, für eine auskömmliche Unterhaltung der Hafen-Infrastruktur Niedersachsens
2. Dem Mangel an Wohnraum muss das Land mit reduzierten Kosten überhöhter Baustandards im sozialen Wohnungsbau und mit einem Programm zur Bildung von Wohneigentum junger Familien begegnen. Wir beantragen, für den Ersterwerb einer Immobilie zur Eigennutzung die Hälfte der Grunderwerbsteuer (max. 10.000 Euro) zurückzuerstatten. Dafür wollen wir 100 Mio. Euro im Landeshaushalt bereitstellen. Dieses Programm hilft jungen Familien, sich ein Haus zu bauen, eine Eigentumswohnung zu erwerben oder einen Altbau zu kaufen und zu sanieren. Zugleich kurbelt es den am Boden liegenden Wohnungsbau wieder an und ist ein Konjunkturprogramm für die erlahmende Bauwirtschaft.
3. Die Infrastruktur in der Fläche Niedersachsens muss verbessert werden. Dafür muss das Land in die Daten- und Verkehrswege investieren.
 - a. 110 Mio. Euro für den 25-prozentigen Landesanteil zum weiteren Ausbau der Breitband-Infrastruktur in Niedersachsen
 - b. 40,45 Mio. Euro für den Unterhalt, die Sanierung und den Ausbau der Straßen und Radwege des Landes und seiner Kommunen
4. Die Zukunft Niedersachsens liegt in seiner Innovationskraft. In diese muss mehr und gezielt investiert werden. Wir beantragen, mit knapp 16 Mio. Euro die Wasserstoffforschung, die Forschungs- und Innovationszentren und die Ideen-Expo sowie den Ausbau des Grünlandzentrums zum Grünland- und Moorzentrum zusätzlich auszustatten.
5. Für wichtige Maßnahmen zur Weiterentwicklung und Unterstützung unserer Landwirtschaft und Fischereiwirtschaft sieht unser Haushaltsantrag zusätzliche 6,5 Mio. Euro vor.

6. Wir bleiben am Ball, um endlich mehr Erzieherinnen und Erzieher für die Niedersächsischen KiTas auszubilden. Die Landesregierung weigert sich, eine echte dualisierte Ausbildung einzuführen und lässt den Personalmangel dauerhaft ungelöst. Das wollen wir ändern und schlagen eine gesetzliche Anpassung verbunden mit zusätzlichen Finanzmitteln in Höhe von 30 Mio. Euro vor.
7. Unsere Schulen und ihre Träger benötigen zusätzliche Unterstützung, um gute Bildung zu ermöglichen. A13 für alle Lehrkräfte alleine verbessert nach unserer Auffassung die Qualität unserer Schulen nicht. Der Ausbau der Ganztagsangebote, die Unterstützung für die Inklusion und auch die Finanzausstattung der Schulen in freier Trägerschaft sind in 2024 deutlich unterfinanziert. Wir beantragen hierfür insgesamt zusätzliche 44 Mio. Euro einzustellen. Zudem erwarten wir von der Landesregierung, dass sie die Initiative gegenüber dem Bund ergreift, um die Mittel für den Ganztagsausbau der Grundschulen zu verdoppeln. Der Landesanteil an den Investitionen muss ebenfalls verdoppelt werden. Der vom Bund gesetzlich festgeschriebene Rechtsanspruch auf einen Ganztags-Grundschulplatz ab 2026 verursacht erhebliche Investitionen in die Grundschulen. Die Kommunen sind damit finanziell überfordert. Bund und Land müssen ihrer Verantwortung ihnen gegenüber gerecht werden.
8. Die medizinische Versorgung in Niedersachsen wird zunehmend schlechter. Der Bund verzögert seit Monaten eine auskömmliche Mittelausstattung unserer Krankenhäuser und bringt diese in schwere finanzielle Schieflage. Und die Landesregierung zögert und zaudert beim Aufbau weiterer Studienplätze für Medizinerinnen und Mediziner, um zu verhindern, dass die ärztliche Versorgung in der Fläche sich weiter verschlechtert. Die CDU-Landtagsfraktion nimmt diesen fahrlässigen Stillstand nicht hin und beantragt gezielte Gegenmaßnahmen.
 - a. Mit einem eigenen Bürgschaftsrahmen für unsere Krankenhäuser, auf den die N-Bank zurückgreifen kann, um Liquiditätskredite für die finanziell notleidenden Krankenhäuser zu gewähren, wollen wir Insolvenzen und medizinisch problematische Sparmaßnahmen der Krankenhäuser und ihrer Träger abwenden. Verbunden ist dies mit der klaren Erwartung an die Bundesregierung, dass diese mit einer Krankenhausreform die auskömmliche Finanzierung der Krankenhäuser auch rückwirkend sicherstellt.
 - b. Rot-Grün hat bereits ein Jahr verloren, um an der MHH in Hannover, der UMG in Göttingen und der EMS in Oldenburg, weitere 200 Medizin-Studienplätze zu schaffen. Dafür sind an den Hochschulen Investitionen im Umfang von insgesamt ca. 270,6 Mio. Euro erforderlich. Wir beantragen erneut, die für diese Maßnahmen erforderlichen Planungskosten in Höhe von 27,06 Mio. Euro in den Landeshaushalt einzustellen und in 2024 mit der Planung der erforderlichen Baumaßnahmen zu beginnen.
9. Die Kulturlandschaft in Niedersachsen ist schwer enttäuscht von der Landesregierung. Landschaftsverbände, Musikschulen, kommunale Theater, die Soziokultur, sie alle haben in den vergangenen Monaten gegen die Kürzungen des Kulturetats im Haushaltsentwurf 2024 von Rot-Grün protestiert. Mit Recht. Denn mit diesen Kürzungen würden viele Kultureinrichtungen im Land schweren Schaden nehmen. Wir stellen uns dem entgegen und beantragen, im Landeshaushalt zusätzliche 7,6 Mio. Euro für unsere Kultureinrichtungen zur Verfügung zu stellen.
10. Das Sicherheitsgefühl vieler Menschen ist zunehmend gestört. Banden-, Clan- und Cyber-Kriminalität werden als Bedrohung wahrgenommen. Dazu kommt der verstärkte Eindruck, dass unser Rechtsstaat seine Regeln nicht mehr nachdrücklich durchsetzt.

Dem setzen wir ein umfangreiches Maßnahmenpaket für Sicherheit und Ordnung entgegen. Wir beantragen, im Haushalt 2024 des Landes Niedersachsen für zusätzliche Haftplätze, 50 IT-Spezialisten der Polizei, 20 zusätzliche Richter und 17 zusätzliche Staatsanwälte mit den Schwerpunkten organisierte, Clan- und Cyber-Kriminalität, zusätzliche Sicherheitsmaßnahmen an den Gerichten und in den Justizvollzugsanstalten sowie zur modellhaften Erprobung des Einsatzes von Tasern im Einsatz- und Streifendienst und für weitere Maßnahmen zur Stärkung der inneren Sicherheit insgesamt zusätzlich mehr als 23 Mio. Euro vorzusehen.

11. Die hohe Zuwanderung von Asylbewerbern und Flüchtlingen ist eine der großen Herausforderungen dieser Tage. Denn die kommunale Integrationsgrenze ist erreicht. Wir wollen auch zukünftig denjenigen Schutz gewähren, die aus politischen oder religiösen, wegen ihrer ethnischen Zugehörigkeit oder sexuellen Orientierung verfolgt werden, die vor Krieg und Vertreibung fliehen. Voraussetzung dafür ist, dass die Mitgliedsstaaten der Europäischen Union diese Aufgabe gemeinsam bewältigen und dass die illegale Migration nach Europa und nach Deutschland zugleich gestoppt wird. Wir erwarten zudem, dass Schutzsuchende sich aktiv in unsere Gesellschaft integrieren. Wer beispielsweise antisemitische Straftaten begeht, muss abgeschoben werden. Das Land Niedersachsen muss die Ausreise abgelehnter Asylbewerber ohne Aufenthaltsrecht insgesamt nachdrücklicher umsetzen, die Beschleunigung der Asylverfahren aktiv unterstützen und zugleich die für die Integration wichtige Sprachvermittlung ausbauen. Daher beantragen wir für den Landeshaushalt 2024
 - a. 4,95 Mio. Euro für zusätzliche Integrations- und Präventionsmaßnahmen in diesem Bereich einzuplanen.
 - b. Die jetzt zwischen Bund und Ländern vereinbarten Mittel für die Aufnahme, Unterbringung und Versorgung von Geflüchteten in Höhe von ca. 140 Mio. Euro in 2024 vollständig und ohne Abzüge an die Kommunen auszuzahlen.
 - c. Der Ausbau der zentralen Aufnahmeeinrichtungen der LABNi mit zusätzlichen 25.000 Plätzen muss – zur Entlastung der Kommunen – endlich umgesetzt werden. Die finanziellen Mittel dafür sind im Haushalt vorhanden. Die Landesregierung setzt dies nur seit einem Jahr nicht um.
 - d. Ein Hindernis für die Abschiebung ausreisepflichtiger abgelehnter Asylbewerber ist oftmals die Feststellung ihrer Identität und Herkunft. Um die Kommunen bei dieser Aufgabe zu entlasten, fordern wir den Aufbau einer zentralen Stelle zur Feststellung der Identität von Ausreisepflichtigen bei der LABNi. Dafür beantragen wir im Haushalt 560.000 Euro bereitzustellen.
12. Judenhass, Antisemitismus und Israelfeindlichkeit haben in unserem Land keinen Platz. Nach dem terroristischen Angriff der HAMAS auf Israel am 7. Oktober 2023 und den Verteidigungsmaßnahmen Israels gegen den Terror treten diese jedoch auch bei uns in vielfältiger Form offener zu Tage. Dagegen muss der Rechtsstaat mit aller gebotenen Härte vorgehen und diese Straftaten ahnden. Zugleich ist das Land gefordert, die Prävention vor und der Bekämpfung von Antisemitismus überall in unserer Gesellschaft zu verstärken. Hierfür schlagen wir für den Haushalt 2024 folgende zusätzliche Finanzmittel vor, die wir hoffen, gemeinsam mit allen demokratischen Fraktionen des Landtages umsetzen zu können:
 - a. erhöhte Mittel für Schulfahrten zu den niedersächsischen Gedenkstätten: 2 Mio. EUR,
 - b. Ausstattung des in Gründung befindlichen Dachverbandes der Gesellschaften christlich-jüdische Zusammenarbeit in Niedersachsen: 0,1 Mio. EUR,

- c. Maßnahmen zur Antisemitismusprävention für Zugewanderte: 1 Mio. EUR,
- d. Projekte und Maßnahmen zur Antisemitismusprävention an Schulen: 1 Mio. EUR,
- e. Maßnahmen und Projekte zur Demokratiebildung und Antisemitismusprävention durch den Landespräventionsrat: 1,075 Mio. EUR

Die Finanzierung unseres Haushaltsantrages ist solide und ohne zusätzliche Verschuldung möglich. Wir beantragen insgesamt Personalkosten in der Ministerialverwaltung in Höhe von 11,7 Mio. Euro zu streichen. Dazu beantragen wir:

1. alle nach der Regierungsbildung zusätzlich geschaffenen Stellen in der Ministerialverwaltung zu streichen.
2. künftig in jedem Jahr, mindestens bis 2033, das Äquivalent eines Prozents des Personals in den Ministerialkapiteln (Beschäftigungsvolumen, Budget und Stellen) durch den Verzicht auf die Wiederbesetzung freierwerdender Beschäftigungsmöglichkeiten einzusparen und Aufgaben nur noch in dem Umfang wahrzunehmen, in dem dies auch mit dem verbleibenden Personal und einer zeitgemäß leistungsfähigen IT möglich ist. Über einen Zeitraum von zehn Jahren würde das Beschäftigungsvolumen auf 90,44 Prozent zum jetzigen Volumen abschmelzen. Das Einsparvolumen würde auf insgesamt knapp 23. Mio. Euro anwachsen. Jedes Ministerium bekommt so einen Anreiz, eine Strategie zum Abbau der Stellenvolumina zu entwickeln, die die Komponenten Demografie, Aufgabenkritik sowie Effizienzsteigerung durch Prozesssteuerung und Prozess-orientierte Digitalisierung beinhaltet.
3. die Struktur des Regierungsaufbaus neu zu ordnen. Das Ministerium für Bundes- und Europaangelegenheiten und Regionalentwicklung ist in seiner Aufgabenstellung und Struktur als eigenständiges Ministerium nicht durchschlagskräftig. Wir wollen es abschaffen. Um das Land Niedersachsen im Bund und in der Europäischen Union gewichtig vertreten zu können, müssen diese Aufgaben in die Staatskanzlei verlagert werden. Die Regionalentwicklung sollte dem Landwirtschaftsministerium zugeordnet werden.